

nale Wirtschaftsplanung (logique du plan) ergänzt werden. Nur so könne die wirtschaftliche Expansion an den Forderungen des Gemeinwohls ausgerichtet werden. Diese nationale Wirtschaftsplanung sei mit der Erhaltung der freien Marktwirtschaft durchaus zu vereinbaren, wenn sie von einer graduellen Dezentralisierung wirtschaftlicher und politischer Macht begleitet sei. Den Regionen komme dabei eine natürliche und zugleich wesentliche Funktion zu. Die Errichtung einer Art Wirtschaftsparlaments wurde abgelehnt. Es gelte, den Primat der Politik über die Wirtschaft zu erhalten. Empfohlen wurde die Errichtung von Fachkommissionen als ausschließlichen Beratungsgremien der Exekutive. 2. Verfassungspolitisch habe sich Frankreich an eine chaotische Entwicklung gewöhnen müssen. M. Merle bezeichnete Frankreich als eine Art Verfassungsmuseum. Die jeweilige Verfassung bilde in Frankreich nicht „die oberste Regel des politischen Spiels“, sondern „das jeweilige Ergebnis des politischen Spiels der Parteien“. Daraus ergebe sich eine doppelte Dauergefahr, die Gefahr politischer Ermüdung und die Gefahr einer „direkten Demokratie“ verbunden mit einer Einmannherrschaft (régime personnel). 3. Als der gegenüber einer Demokratisierung „widerstandsfähigste Sektor“ wurde der staatliche Verwaltungsapparat bezeichnet. Die zentralistische Tradition Frankreichs hatte bereits M. Flory, der Sohn des langjährigen Präsidenten der Sozialen Wochen und Enkel von M. Blondel, in seinem Referat über lokale und regionale Demokratie scharf kritisiert und war dabei auf breite Zustimmung gestoßen. M. Merle schloß sich dieser Kritik an, bezeichnete aber einen radikalen Mentalitätswechsel, der sich keineswegs auf den Verwaltungsapparat beschränken dürfe, als Voraussetzung für eine strukturelle Reform und Dezentralisierung der Verwaltung.

Die Entschlüsse

Die Entschlüsse, die zum Abschluß der Woche von dem Vizepräsidenten der Sozialen Wochen, J. Folliet, verlesen wurden, fassen das Ergebnis der Vorlesungen und Arbeitskreise zusammen. Ihr Inhalt deckt sich im wesentlichen mit dem bisher Gesagten. Es seien hier deshalb nur jene Punkte erwähnt, die bisher nicht ausgeführt werden konnten. Zum Thema „Einheit und Pluralismus in der demokratischen Gesellschaft“ heißt es (im Anschluß an das Referat von P. Guillou OP): „... in einer demokratischen Gesellschaft muß die Einheit vereinbar sein mit der Vielheit von Gruppen und geistigen Richtungen (familles spirituelles). Toleranz ist ein Kennzeichen demokratischen Geistes. Eines der Merkmale, an denen man eine Demokratie erkennt, ist die Achtung der Verschiedenheiten und das Bestehen eines freien Spiels zwischen den verschiedenen Gruppen, einschließlich der Minderheiten.“ Zum Problem demokratischer Erziehung heißt es (im Anschluß an das Referat von P. G. Hahn): „Der ständige Aufbau der demokratischen Gesellschaft setzt des weiteren voraus eine ständige Erziehung der Bürger in der Familie, in der Schule, innerhalb der schulischen und nachschulischen Organisationen, innerhalb der sozialen und bürgerlichen Vereinigungen... Einer Erziehung, die mehr noch als des theoretischen Unterrichts der praktischen Erfahrung bedarf.“ Eine „genaue und loyale“ Information wird als „Beginn dieser Erziehung“ bezeichnet. Deshalb wird für die modernen Kommunikationsmittel eine „Organisation und ein juristischer Status“ gefordert, die die Gefahr staatlicher Bevormundung (étatisme) und des „Mißbrauchs durch private Interessen“ vermeiden.

Angesichts der zahlreichen Teilnehmer aus Afrika — zum größten Teil in Frankreich studierende Afrikaner — kommt dem Passus über die Verwirklichung der Demokratie bei den „jungen Nationen“ besondere Bedeutung zu. Er lautet: „Die Einpflanzung der Demokratie in den Entwicklungsländern stellt besonders schwierige Probleme. Diese Länder müssen ein Maximum an Demokratie verwirklichen, das mit ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vereinbar ist, und die Demokratie ihrer Tradition anpassen. Deshalb werden sie sich einerseits vor einer Kopierung der westlichen Demokratie und andererseits vor einem bloßen Verbalismus und Formalismus ... hüten, der nur antidemokratische Wirklichkeiten, den Totalitarismus oder Autoritarismus verschleiert. Für sie ist die Demokratie mehr als für alle anderen Länder zunächst Bewegung (mouvement), Forschung (recherche) und Orientierung.“

Das Ende der zweiten Vereinigten Arabischen Republik

In den letzten neun Monaten kam es im Jemen, in Syrien und im Irak zu gewaltsamen politischen Veränderungen, die in einem Vertragswerk zur erneuten Gründung einer Vereinigten Arabischen Republik führten. Am 22. Juli hat Nasser dieses Vertragswerk offiziell gekündigt und so diesem neuen Versuch einer Vereinigung arabischer Staaten ein Ende gemacht. Dieser neue Versuch und das neue Zerwürfnis zwischen den arabischen Staaten haben die Gegebenheiten im arabischen Raum nicht wesentlich verändern können. Allein die Konstellationen haben sich geändert, und eine neue Reihe von Revolutionen könnte in den nächsten Monaten die politischen Verhältnisse im Nahen Osten wieder verändern.

Die amerikanische Nahostpolitik

Es sind eine ganze Reihe und zum Teil recht verschiedenartige Faktoren, die bei den jüngsten Entwicklungen wirksam wurden. Von entscheidender Bedeutung war wohl das eher stillschweigende Engagement der Vereinigten Staaten für Nasser. Die Konzeption der amerikanischen Nahostpolitik wird offensichtlich von der Anerkennung der Tatsache her bestimmt, daß der sowjetische Einfluß im Irak, in Syrien und in Ägypten wenigstens in absehbarer Zeit nicht ausgeschaltet werden kann und daß es daher die beste Politik sei, die positive Neutralität dieser Staaten auch dann zu respektieren, wenn dies den unmittelbaren amerikanischen Interessen zuwiderläuft. Die USA haben wenigstens nach außen hin darauf verzichtet, diese Staaten für eine prowestliche Politik zu gewinnen, und versuchen auf eine wirkliche Neutralisierung hinzuwirken, die der bisherigen prosowjetischen Neutralität vorzuziehen wäre.

Voraussetzung dieser Politik ist die Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Nahen Osten. Eine Veränderung des Status quo, die nicht zu einer solchen Stabilisierung beiträgt, kann nach dieser Auffassung nur den Interessen der Sowjetunion nutzen. Dies könnte so weit gehen, daß man z. B. nicht mehr daran interessiert ist, daß einer der arabischen Staaten die neutrale Linie verläßt und ein engeres Verhältnis zum Westen sucht, weil dies eine verstärkte antiwestliche Reaktion in anderen arabischen Staaten zur Folge haben könnte und so eine unmittelbare sowjetische Einfluß-

nahme fördern würde. Dies bedeutet schließlich, daß westliche Positionen zwar noch gestützt, aber nicht um jeden Preis gehalten werden.

Die Vereinigten Staaten haben in der Folge Nasser als diesen stabilisierenden Faktor akzeptiert und stillschweigend anerkannt. Da Ägypten auch heute die stärkste arabische Macht ist und es Nasser durch subversive Aktionen immer wieder gelingt, die Stabilität in anderen Staaten zu erschüttern, scheinen es die USA heute vorzuziehen, die Stabilität des Raumes durch ihn gewährleisten zu lassen. Man versucht so die revolutionäre Macht Nassers durch Saturierung zu zähmen. Die USA kommen seinen Plänen entgegen, indem sie, wenn auch in gewissen Grenzen, seinen Machtanspruch anerkennen, ohne eine Gegenleistung dafür zu verlangen. Diese Anerkennung besteht heute nicht zuletzt in einer wirtschaftlichen Unterstützung Ägyptens, welche gewährleisten soll, daß Nassers Anspruch nicht ausschließlich vom Osten anerkannt und ausgenutzt wird. Allein in den letzten beiden Jahren betrug die amerikanische Wirtschaftshilfe für Ägypten 380 Millionen Dollar („New York Times“, 6. 5. 63). Die sowjetische Hilfe gab Nasser so die Möglichkeit, seine Ziele zu verwirklichen, die amerikanische Hilfe bietet eine, wenn auch nicht gerade sehr sichere Garantie dafür, daß Nasser nicht ausschließlich im Sinne der Sowjets agiert. So ergibt sich die fast groteske Situation, daß Ägypten mit sowjetischer Hilfe ein militärisches Potential aufbaut und daß die USA dafür Sorge tragen müssen, daß Ägypten unter dieser Last nicht wirtschaftlich zusammenbricht. Daß Ägypten ein „sozialistischer“ und autoritär regierter Staat ist, stellt für die amerikanische Entwicklungspolitik kein Hindernis dar. Viele amerikanische Entwicklungspolitiker gehen davon aus, daß eine geplante Wirtschaft und ein autoritäres Regime in unterentwickelten Ländern wenigstens in gewissen Phasen der Entwicklung von Vorteil sein können.

Der Bürgerkrieg im Jemen

Die ersten Auswirkungen dieser Politik wurden im Jemen sichtbar. Nach dem von Ägypten unterstützten Militärputsch im Spätherbst 1962, durch den der Imam gestürzt wurde, zeigte es sich sehr bald, daß die „sozialistisch republikanische“ Regierung faktisch nicht in der Lage war, sich im Jemen zu behaupten. Für das Gelingen dieser Revolution, die von einer relativ kleinen Gruppe von Offizieren und einer noch kleineren Gruppe von Intellektuellen inszeniert und getragen wurde, fehlten eigentlich alle Voraussetzungen. Die Armee des Jemen war zu klein und zu rückständig, als daß sie zu einem revolutionären Machtfaktor hätte werden können. Zudem wurden bei dieser Revolution auch religiöse Faktoren wirksam: Der Imam ist das religiöse Oberhaupt der jemenitischen Schiiten, welche vorwiegend den Bergstämmen angehören. Die Anhänger des neuen Marschalls und Staatspräsidenten, Sallals, konnten mit der Aufhebung des Imamats bestenfalls die Sympathien der sunnitischen Minderheit in den Küstenstädten gewinnen. Daß die Bergstämme sich der Revolution anschließen würden, war in keiner Weise zu erwarten gewesen. Nachdem sich König Saud von Saudi-Arabien und Hussein von Jordanien entschlossen hatten, den gestürzten und geflüchteten Imam materiell zu unterstützen, war die Situation der Revolutionsregierung aussichtslos geworden, und die Revolution konnte nur noch durch ein ägyptisches Expeditionskorps gerettet werden, welches noch im Mai 1963 28 000 Solda-

ten zählte und so um ein Mehrfaches stärker ist als die reguläre jemenitische Armee, von der man nicht genau weiß, inwieweit sie eigentlich noch existiert.

Die Revolution im Jemen wurde für Ägypten zu einer militärischen Falle. Die Expedition strapaziert den ohnehin angespannten Haushalt Ägyptens, und es ging eine Unmenge schweren Materials verloren, ohne daß die Ägypter bis jetzt mehr ausgerichtet hätten, als die Küste, die wichtigsten Städte und die Verbindungsstraßen zu halten.

Für die amerikanische Außenpolitik wurde der Bürgerkrieg im Jemen zum Dilemma. Auf der einen Seite sind die USA Saudi-Arabien allein schon wegen der amerikanischen Luftbasen und wegen der amerikanischen Ölinteressen in diesem Lande verpflichtet. Auf der anderen Seite schien eine offenkundige Niederlage Nassers nicht wünschenswert. Nachdem sein Prestige bereits durch die syrische Sezession gelitten hatte, könnte eine neue und nur schwer zu verschleiernde Niederlage im Jemen seine Macht selbst in Ägypten in Frage stellen. Die USA sahen sich in der Folge in die Rolle eines Schiedsrichters gedrängt, was den amerikanischen Machtzuwachs in diesem Gebiet, zugleich aber auch die Grenzen dieser Macht offenkundig werden ließ. Die amerikanische Regierung bestätigte die Integrität Saudi-Arabiens, um Nasser von übereilten Schritten abzuhalten, und gewährte zugleich der republikanischen Regierung ihre Anerkennung, und zwar auf das vage und keineswegs ernst zu nehmende Versprechen Nassers hin, die ägyptischen Truppen aus dem Jemen zurückzuziehen. Nach den ersten Luftangriffen ägyptischer Flugzeuge auf saudi-arabische Orte — angeblich Basen der jemenitischen Royalisten — entsandten die USA Kriegsschiffe ins Rote Meer, um die Ägypter von der Beschießung saudischer Küstenstädte abzuhalten. Der Erfolg dieser Maßnahme war nur begrenzt. Nasser mußte seinen Offizieren zeigen, daß sein Respekt vor den Waffen Amerikas ihn nicht davon abhalten könnte, im Nahen Osten seinen Willen durchzusetzen.

Der Ausgang des Jemenkonfliktes ist bis heute noch ungewiß. Es kam zwar auf amerikanisches Betreiben zu einer Abmachung, nach der Saudi-Arabien die Hilfe für den Imam einstellen und Ägypten seine Truppen aus dem Jemen zurückziehen sollte, während die Vereinten Nationen die an sich nicht durchführbare Aufgabe der Überwachung der Grenzen übernehmen sollten; bis jetzt ist aber noch keine der Parteien, am wenigsten Ägypten, wirklich gewillt, sich an diese Abmachungen zu halten.

Der Staatsstreich im Irak

Zwischen den beiden Staatsstreich im Irak und in Syrien und den Vorgängen im Jemen gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang. Der Sturz des irakischen Ministerpräsidenten Kassem ist vor allem auf Ursachen in der irakischen Politik zurückzuführen. In der ersten Phase nach dem Bruch mit Ägypten hatte Kassem mit Hilfe der Kommunisten die Opposition der nasserschen und baathistischen Panarabisten mit Billigung oder auch Unterstützung der kurdischen Minderheit bekämpft. In der zweiten Phase mußte Kassem die Macht der Kommunisten eindämmen, da ihm an einer kommunistischen Herrschaft im Irak nicht gelegen war (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 26 f. und S. 369 f., 15. Jhg., S. 364 ff.). Dabei verzichtete Kassem jeweils darauf, seine Gegner wirklich auszuschalten. Er bekämpfte die Opposition gegen sein Regime immer nur so weit, als diese gefährlich

werden konnte, und war darum bemüht, zwischen seinen zweifelhaften Anhängern und seinen Gegnern ein Gleichgewicht der Macht zu erhalten. In dieser Politik Kassem gab es aber auch irrationale Momente. Besonders in den letzten zwei Jahren und nach dem mißglückten Attentat auf sein Leben, bei dem er schwer verwundet wurde, sollen sich bei ihm Anzeichen einer psychischen Störung gezeigt haben. Einige seiner gefährlichsten Gegner hat Kassem sehr großzügig behandelt, indem er nicht nur die vom Volksgerichtshof ausgesprochenen Todesstrafen gegen sie nicht vollstrecken ließ, sondern die Verurteilten auch nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß setzte und ihnen, soweit sie Offiziere waren, Pension gewährte. Unter diesen befand sich auch der jetzige Staatspräsident, Oberst Arif, der sich nach der Revolution zum Marschall ernennen ließ. Arif hatte vor dem Putsch Kassem zu dessen besten Freunden gezählt. Er wurde, als er hinter dem Rücken Kassem für einen Anschluß an die Vereinigte Arabische Republik agierte, zum Tode verurteilt und dann befreit. Nach dem Staatsstreich ging er selber kein Risiko ein und sorgte dafür, daß Kassem unverzüglich hingerichtet wurde.

Die eigentliche Stütze des Regimes war die Armee, und es waren besonders die militärischen Mißerfolge Kassem, die seine Position so schwächten, daß er gestürzt werden konnte. In Kurdistan wurde die irakische Armee in einen Kleinkrieg verwickelt (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 119 f.), ohne daß es zu der von Kassem immer wieder verkündeten „endgültigen Niederwerfung des Aufstandes“ kam. Der Anspruch Kassem auf Kuwait scheiterte an der englischen Intervention und an der Gegnerschaft der übrigen arabischen Staaten. Die irakische Armee, die an sich weder auf Kriege noch auf Siege aus war, erntete so immer nur Niederlagen, die die Position der Anhänger Kassem im Offizierskorps schwächen mußten.

Die wirkliche Vorgeschichte des Staatsstreiches ist bis jetzt noch nicht bekannt. Angeblich hat Arif im Laufe des letzten Jahres den Putsch vorbereitet. Die politische Führung wird von den Baathisten beansprucht und so auch die Früchte der Revolution. Wie weit die Baathisten als zivile Partei unmittelbar an dem Staatsstreich mitwirkten, ist nicht bekannt. Immerhin konnten die Insurgenten auf die Unterstützung der Baath-Partei rechnen. Technisch lief der Staatsstreich nach dem üblichen Schema ab. Vorher scheint es bereits Kontakte zwischen den Kurden und den Baathisten gegeben zu haben mit dem Ergebnis, daß die Führung der Putschisten den Forderungen der Kurden nachzukommen versprach, falls die Kurden die Revolution ihrerseits unterstützten und die Situation militärisch nicht zu ihren Gunsten ausnützen würden. In der Folge wurde ein Waffenstillstand geschlossen, um die Regelung der kurdischen Autonomieansprüche zu ermöglichen.

Der Ablauf des Staatsstreiches, soweit er bekannt ist, läßt die relative Schwäche des neuen Regimes erkennen: Kassem leistete mit seiner Leibgarde im Kriegsministerium erbitterten Widerstand, und einige Teile der Armee schlossen sich nur zögernd dem Staatsstreich an. Die Kommunisten riefen zum bewaffneten Aufstand auf und konnten sich in manchen Quartieren noch einige Tage halten. „Die Straße“, d. h. das eigentliche revolutionäre Element des Stadtproletariats (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 443 f.), bekundete keinerlei Sympathie für den Staatsstreich, und die neue Regierung konnte es

nicht wagen, die Straße zu mobilisieren. Kassem wurde unverzüglich hingerichtet, und einige seiner Anhänger wurden von „Volksgerichtshöfen“ abgeurteilt. Die Kommunisten wurden zwar, wo immer man ihrer habhaft werden konnte, ermordet, nach kurzem Prozeß hingerichtet oder gefangengesetzt, sie hatten aber in den letzten Jahren reichlich Gelegenheit gehabt, sich auf diesen Eventualfall vorzubereiten.

Die neue Regierung setzt sich vor allem aus Anhängern der Baath-Partei und einigen Anhängern Nassers zusammen, die inzwischen wieder zurückgetreten sind (s. u.). Die tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisse sind aber noch längst nicht zu durchschauen. Hinter der Regierung wird die Macht von einem Revolutionsrat der Armee ausgeübt, dessen Zusammensetzung bis heute geheimgehalten wird, so daß nicht gesagt werden kann, welche politischen Kräfte hier zusammenwirken. Nach außen hin werden die Baathisten die Vereinigung der arabischen Staaten fördern, jedoch auf föderativer Basis. Innenpolitisch wird man wohl nach neuen Formen des „arabischen Sozialismus“ suchen.

Für die Sowjetunion kam der Staatsstreich völlig überraschend. Die Verfolgung der Kommunisten verbitterte kaum weniger als der Verlust der bislang günstigen Position. Die russische Reaktion bestand darin, die Kommunisten im Irak zum bewaffneten Widerstand aufzurufen. Zugleich kam es zu einer Änderung der Kurdenpolitik. Die irakischen Kommunisten haben zwar bis zum Staatsstreich eine möglichst friedliche Lösung der Kurdenfrage gefordert, sie haben sich hier jedoch nie festgelegt. Die sowjetische Außenpolitik nahm die Kurden im Irak nicht mehr zur Kenntnis. Nach dem Staatsstreich kam es zu einer Wendung, und die Kurden wurden durch russische Radiosendungen zum Aufstand aufgerufen. Dennoch hat man darauf verzichtet, die russischen Techniker abziehen oder die Lieferungen im Rahmen der abgeschlossenen Verträge zu unterbrechen, wodurch die Armee, die heute zu 80 Prozent von den Russen ausgerüstet wird, ziemlich bald immobilisiert werden würde.

Das zentrale Problem bleibt weiterhin die Kurdenfrage. Die irakischen Kurden fordern nicht weniger als ein autonomes kurdisches Gebiet. Dieses soll zwar im Staatsverband bleiben, aber eine eigene kurdische Verwaltung und Polizei erhalten, damit diese Autonomie auch Bestand hat. Darüber hinaus soll die kurdische Provinz einen angemessenen Anteil aus der Ölausbeute auf kurdischem Gebiet (Mossul) erhalten. Diese Forderungen werden ultimativ gestellt, die irakische Regierung ist aber kaum bereit, mehr als eine kulturelle Autonomie und auch diese nur auf Zeit zu gewähren. Man suchte einen Ausweg in einer Verwaltungsreform, welche das Land in dreizehn „autonome“ Provinzen teilen soll („L'Orient“, 5. 5. 63). Inzwischen haben die Kurden auch für die geplante Föderation der arabischen Staaten, in welcher sie eine Gefährdung ihrer Interessen sehen müssen, ihre Forderungen gestellt. Sie forderten ein Mitspracherecht bei den Föderationsverhandlungen, welches ihnen die Bagdader Zentralregierung verständlicherweise nicht zugestehen wollte („Neue Zürcher Zeitung“, 30. 4. 63). Jedenfalls wollten es die Kurden nicht hinnehmen, daß die neue Föderation, in der die Kurden eine verschwindende Minderheit bleiben müßten, realisiert wird, bevor ihre eigenen Ansprüche anerkannt werden. Inzwischen ist aus dem Konflikt ein offener Krieg zwischen den Kurden und Bagdad geworden (vgl. S. 582).

Der Staatsstreich in Syrien, der mehr noch als im Irak von den Baathisten inspiriert war, war zwar auch ein Staatsstreich der Armee, wandte sich aber nicht gegen ein diktatorisches Regime, sondern gegen eine Regierung, die durch dauernde innere Machtkämpfe und durch die dauernden Eingriffe der Armee in die Politik des Landes keine Macht mehr repräsentierte. Die Periode der Unabhängigkeit in Syrien hatte gezeigt, daß die zentrifugalen Kräfte in diesem Lande zu stark waren, als daß es irgendeinem Regime gelingen könnte, eine innenpolitische Stabilisierung herbeizuführen. Die bürgerlich konservativen Kräfte, die im Parlament immerhin eine Mehrheit bildeten, waren der Aufgabe, die von der Armee, den sozialistischen Minderheiten und von den Anhängern Nassers geforderten sozialen Reformen durchzuführen, offensichtlich nicht gewachsen. Die einzelnen Parteien, von den nationalsozialistischen Baathisten bis zur religiös reformerischen muslimischen Bruderschaft, versuchten, sich politische Positionen zu erobern, die ihrer tatsächlichen Macht in keiner Weise entsprachen.

Diesem Zustand entsprachen auch die Machtverhältnisse in der Armee, dessen Offizierskorps längst zu dem eigentlichen Parlament Syriens geworden war: Die jeweilig herrschenden Gruppen suchten sich zivile Politiker, die bereit wären, ihre oft wenig realen politischen Konzeptionen in die Tat umzusetzen. Die politischen Parteien und Gruppierungen suchten ihrerseits ihren Einfluß in diesem Armee-Parlament geltend zu machen, so daß jede Verschiebung in den politischen Verhältnissen wiederum zu einem Revirement im Offizierskorps führte. Wie vor dem Anschluß an Ägypten suchten einzelne Gruppen eine Stabilisierung durch eine außenpolitische Anlehnung zu erreichen. Vor dem Sturz Kassem war es bereits zu irakisch-syrischen Verhandlungen gekommen, die zu einer lockeren Föderation führen sollten. Nach dem Sturz Kassem erhielten die Baathisten neuen Auftrieb, d. h. der linke Flügel der Baathisten, der von dem Gründer der Bewegung, Michael Aflak, angeführt wurde. In den letzten Monaten versuchte Ministerpräsident el Azm, eine Regierung der nationalen Union zu bilden. Es gelang ihm jedoch nicht, die extremen Gruppen, die Sozialisten unter dem Ex-Baathisten Haurani und die muslimischen Brüder, die aus taktischen Gründen mit ihren eigenen Gegnern, den Nasseristen, paktierten, zu einer Zusammenarbeit zu bewegen.

Kurz vor dem Staatsstreich versuchte Staatspräsident al Kudsi zusammen mit dem Oberkommandierenden der Armee, durch eine Umbesetzung der Schlüsselpositionen in der Armee in dieser die „nationalistischen“ Kräfte an die Macht zu bringen und so den Anschluß an den Irak vorzubereiten („Neue Zürcher Zeitung“, 24. 3. 63), eine Veränderung der Kräfte, die im Grunde gegen den Ministerpräsidenten el Azm und Haurani gerichtet war. Diese Umbesetzung, die noch zum Teil durchgeführt werden konnte, stärkte wegen einiger Fehldispositionen die baathistischen und nasseristischen Positionen in der Armee, die alsbald die Gelegenheit wahrnahm und am 8. März Regierung und Staatspräsidenten stürzte und eine Regierung unter Salah Bitar einsetzte, die sich aus den Anhängern des Aflakschen Flügels der Baathisten und verschiedenartigen Anhängern Nassers zusammensetzte.

Man kann das Problem der syrischen Politik etwa so umreißen: Es gibt eine keineswegs unbedeutende Gruppe

syrischer Politiker, die die Existenz eines unabhängigen syrischen Staatswesens wünschen. Die meisten Syrer aber denken „arabisch“, d. h., sie suchen den Ort Syriens in einer größeren arabischen Einheit, ohne doch, wenn man von den Nasseristen absieht, die Notwendigkeit einer Unterordnung Syriens als eines der schwächeren Staaten einzusehen. In einem größeren Staatenbund muß Syrien aber zwangsläufig Provinz werden. Man wünscht also etwas, was man doch wieder nicht wünscht, und mit einem gewissen Recht nannte der Leitartikler der Beirut-er Zeitung „L'Orient“ Syrien eine „Fille à marier“, eine zu verheiratende Tochter.

Die Baath-Partei

Die politische Initiative der Baath-Partei im Irak und in Syrien läßt den Eindruck entstehen, als sei hier eine neue Macht im arabischen Raum entstanden. In der Tat ist diese schon des öfteren totgesagte Partei immer wieder erstanden, gleichsam wie ein Phönix aus der Asche, und hat so ihrem arabischen Namen „Partei der arabischen Wiedergeburt“ eine eigene Bedeutung verliehen. Es ist aber mehr als fraglich, ob die Baath-Partei heute eine wirkliche politische Macht ist oder nur eine politische Konstellation, ein Katalysator, der die arabischen Sozialisten verschiedener Färbung von den Nasseristen scheidet. In dem Maße, als die Baath-Partei eine Sammelbewegung wird, zeigt sie aber immer wieder die Tendenz, sich selbst aufzulösen und zu verfallen. Immerhin ist die Partei heute wieder da, und allein diese Tatsache ist beachtlich.

Die Baath-Partei gehört zu den wenigen „ideologischen“ Parteien des arabischen Ostens. Genaugenommen ist sie neben den Kommunisten und der großsyrischen Partei (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 461 ff.) die einzige Partei mit einer Ideologie. Ihre Ziele stellen sich in den Schlagworten „Sozialismus“ und „Einheit“ (des arabischen Volkes) dar, können also äußerlich durch nichts von denen der Nasseristen unterschieden werden. In der Praxis sind diese Unterschiede erheblich. Die Nasseristen sind, was den Sozialismus betrifft, Pragmatisten. Sie folgen einem charismatischen Führeridol, Nasser, von dem sie Entscheidungen darüber erwarten, wie der Sozialismus nun ins Werk zu setzen sei. Die Baathisten sprechen sich dagegen nachdrücklich für eine kollektive Führung aus, für eine sozialistische Demokratie (etwa nach volksdemokratischem Vorbild), und erwarten die Revolution von dort, wo sie gewöhnlich herzukommen pflegt, nämlich von unten — so will es wenigstens die Ideologie.

Der Ideologe der Partei und ihr Gründer, Michael Aflak, ist ein Syrer christlicher Herkunft, der in seiner Studienzeit den Kommunisten wenigstens sehr nahestand. Von diesen hat er zweifellos einen Teil seines ideologischen Rüstzeugs bezogen. Der Bruch mit den Kommunisten kam bei Aflak aus derselben Richtung wie bei vielen Anhängern der kommunistischen Partei in Kolonialgebieten, die zugleich einen nationalen Unabhängigkeitskampf führen: Sie können nicht einsehen, daß der nationale Kampf nicht für die Nation, sondern für die Klasse geführt werden soll, deren Grenze durch die Nation läuft. Seine nationalistischen Konzeptionen hat Aflak wie die meisten Araber aus dem Europa des 19. Jahrhunderts bezogen: Die nationalen Grenzen werden durch die Sprache bestimmt (hier klingt wie bei den „Großsyrern“ Aflaks Herkunft aus einer religiösen Minderheit durch, die ihren Gleichheitsanspruch von der gemeinsamen Sprache

und dem gemeinsamen „Volkstum“ her motiviert). Die nationale Konzeption wird jedoch von der sozialistischen, in vielen Zügen zweifellos marxistischen Konzeption eingeengt: Das Volk setzt sich aus allen Klassen zusammen, außer den Ausbeutern, den Reaktionären und den Handlangern der Neokolonialisten. Später wurde diese Definition noch weiter eingeengt. So heißt es in einem gegen Nassers Ansprüche gerichteten Artikel der Damaszener Zeitung „El Baath“: Das Volk ist nicht ein Sternennebel ohne Grenzen, ohne Struktur und ohne Umrisse. Das Volk in genauem Sinne besteht vielmehr aus den progressiven politischen Bewegungen, die sich für das Volk einsetzen. Diese Bewegungen sind der direkt erweckte Ausdruck der Wünsche der Volksmassen. Das Volk sind also die erweckten Massen, die unter eine politische Verfassung gebracht und so organisiert worden sind, daß sie effektiv verantwortlich und genau zu handeln vermögen (zitiert nach „Neue Zürcher Zeitung“, 21. 4. 63).

Dieses organisierte Volk ist hier zweifellos die Baath-Partei, die (wie die kommunistischen Parteien) Ausdruck des Volkswillens ist, auch wenn das Volk dies gerade nicht will. Sicherlich geht man zu weit, wenn man die Baath-Partei als eine nationalkommunistische Partei bezeichnet, aber zweifellos sind Ansätze in dieser Richtung vorhanden. Bis heute sind jedoch weder die Partei noch ihre Ideologie abgeschlossen und endgültig geformt. Immerhin vertritt sie jetzt schon einen absoluten Führungsanspruch, der sie irgendwann in einen absoluten Gegensatz zu Nasser bringen muß.

Die Baath-Partei ist bis jetzt noch alles andere als eine Massenpartei. Sie zählt in Syrien und im Irak bestenfalls einige Tausend Mitglieder. Sie ist nach kommunistischem Vorbild organisiert und setzt sich heute vorwiegend aus jungen Intellektuellen und Studenten zusammen. Ein erheblicher Teil ihrer Mitglieder gehört in Syrien religiösen und ethnischen Minderheiten an. Bei den Massen in Syrien hat der charismatisch begabte Führertyp Nassers immer noch größere Zugkraft als die ideologisierende Baath-Partei, so wie Kasseem bei der irakischen Bevölkerung wenigstens zeitweise populärer war als irgendein Parteiprogramm. Die Partei wird die Massen nur mittelbar, etwa durch Gewerkschaften, erreichen und mobilisieren können. Zur Zeit besteht ihre tatsächliche Macht in ihrem Einfluß auf Teile des irakischen und syrischen Offizierskorps, es ist dies also eine Macht, die auf sehr schwachen Füßen steht.

Die zweite Vereinigte Arabische Republik

Die Machtergreifung der Baathisten in Syrien und im Irak gab diesen Gelegenheit zu dem Versuch, ihre panarabischen Ziele zu verwirklichen, trotz der schlechten Erfahrungen, die gerade die Baath-Partei mit der ersten Vereinigten Arabischen Republik gemacht hatte. Ein Schritt in dieser Richtung war unerläßlich, denn Syrien konnte nicht länger allein bleiben, ohne das Opfer einer neuen Runde von Staatsstreichen zu werden. Machtpolitisch gingen die Baathisten vielleicht davon aus, daß weder in Syrien noch im Irak ihre Position auf die Dauer haltbar ist und daß nur eine Staatenunion, die es (wenigstens theoretisch) erlaubt, daß im Falle eines Staatsstreiches der Nachbarstaat eingreift, das Fortbestehen baathistischer Regierungen gewährleisten würde. Die Baathisten wollen jedoch um jeden Preis eine Wiederholung der syrisch-ägyptischen Union verhindern, denn diese müßte zwangsläufig mit der Auflösung der Baath-Partei enden. Zudem sind die

irakischen Baathisten kaum gewillt, Nasser ein allzu großes Mitspracherecht im Irak zu gewähren. So griff man auf die Föderationsformel zurück, die im Irak mehr Anklang findet als die Unionsformel. Während die Nasseristen in Syrien zu einer bedingungslosen Wiedervereinigung drängten, hatten die Baathisten als Alternative und Druckmittel die Föderation zwischen Syrien und dem Irak zur Hand, die zur Zeit aber weder von den Irakern noch von den Syrern wirklich gewünscht wird, weil sie die aktive Gegnerschaft Nassers auf den Plan rufen und zu einer neuen Spaltung führen müßte. Nasser wiederum wünschte, mit Hilfe seiner Anhänger die Wiederherstellung der alten Vereinigten Arabischen Republik zur Voraussetzung aller weiteren Föderationen zu machen. Dieser Republik hätte sich dann der Irak anschließen sollen. Das Ergebnis der mehrwöchigen Verhandlungen im März und April dieses Jahres war der Entwurf eines arabischen Staatenbundes, der einen Kompromiß zwischen den Wünschen Nassers und denen der Baath-Partei darstellt. Dieser Staatenbund soll allen „fortschrittlichen befreiten arabischen Staaten“ offenstehen (also in erster Linie wohl Algerien und dem Jemen).

Nach dem neuen Verfassungsentwurf wird es zwei Kammern geben. In der einen sind die Länder proportional zur Bevölkerung vertreten, in der anderen erhält jedes Land die gleiche Stimmenzahl. Der Präsident (der zweifellos Nasser heißen würde) hat das Recht, die Kammern aufzulösen, Gesetzesentwürfe an die Kammern zurückzuschicken, die sie dann mit Dreiviertelmehrheit annehmen müßten. Er ist Oberbefehlshaber der Armee, kann also Offiziere ernennen und entlassen. Die Parteienfrage, die Nasser im Sinne einer Einheitspartei gelöst sehen wollte und die besonders für Syrien und den Irak wichtig ist, wurde sehr vage formuliert: Die Parteien spielen als Pfeiler der sozialistischen Demokratie eine Rolle; sie sollen zu einer einheitlichen sozialistischen Front vereinigt werden. Für die entscheidende Übergangszeit ist folgendes vorgesehen: Innerhalb von fünf Monaten soll die Föderation durch Plebiszit vom Volk angenommen werden und ein Präsident vom Volk gewählt werden. Dieser wird während zwanzig Monaten der zentralen Föderationsregierung vorstehen und wird von einem Präsidenschaftsrat unterstützt, in welchen jeder der Staaten zwei Mitglieder entsendet. Der Präsidenschaftsrat wird mit absoluter Mehrheit die Gesetze beschließen („Neue Zürcher Zeitung“, 19. 4. 63).

Für die weitere Entwicklung wäre es von entscheidender Bedeutung gewesen, ob Syrien zwei Baathisten in diesen Präsidenschaftsrat entsendet und ob Nasser eine baathistische Mehrheit in Kauf nehmen würde und ob der Irak gegebenenfalls bereit wäre, eine nasseristische Mehrheit zu akzeptieren, falls Syrien nur einen Baathisten oder zwei Nasseristen entsendet hätte.

Der Kampf um die Hegemonie

Die Ereignisse der letzten Monate zeigten hinreichend, daß mit dem Abkommen über die Föderation die bestehenden Probleme längst nicht beseitigt wurden. Vielmehr begann in Syrien und auch im Irak der Kampf zwischen den Anhängern Nassers und den Baathisten um die Macht. Die Ziele Nassers und die der Baathisten sind zu verschieden, als daß dieser Konflikt hätte vermieden werden können. Beide Parteien brauchen jedoch die Föderation — bis zu einem gewissen Grade wenigstens. Die

Baath-Partei sucht die Föderation nicht nur, weil die Vereinigung der Araber ihr erklärtes Ziel ist, sondern weil sie sich endgültig mit Nasser auseinandersetzen will und muß, dessen „persönliches Regime“ die Baathisten, besonders aber deren Ideologe Aflak, verabscheuen. Vielleicht hoffen die Baathisten im geheimen, die Auseinandersetzung irgendwann einmal nach Ägypten hineinragen zu können. Dies mag heute angesichts des ägyptischen Regimes noch utopisch erscheinen, aber sicherlich rechnen die Baathisten damit, daß Nassers Regime nicht ewig dauern wird und auf keinen Fall länger als Nasser selbst. Nasser wiederum hatte in die ihm an sich unsympathische Föderation eingewilligt, weil er so seine größeren Ziele zu verwirklichen hoffte: Die Sezession Syriens, die ihn persönlich zutiefst gekränkt hat, sollte zu einer bedeutungslosen Episode in der Geschichte der Arabischen Republik werden. Nasser ist unmittelbar eigentlich nur an Syrien interessiert, und die Beteiligung des Irak, die seine persönliche Macht einschränken und das Risiko der Sezession weiter vergrößern muß, ist für ihn nur ein Preis, der wenigstens für eine Zeit bezahlt wird. Inzwischen hoffte Nasser wenigstens in Syrien seine Anhänger an die Macht zu bringen. Dies ist in den letzten Wochen mißlungen, weil Nasser die Situation in Syrien und im Irak — zum zweitenmal — falsch eingeschätzt hat. Ein großer Teil des syrischen Offizierskorps ist allein aus bloßem Selbsterhaltungstrieb dagegen, daß Syrien in einer bedingungslosen Union wieder zur ägyptischen Nordprovinz wird, in der der ägyptische Generalstab tonangebend wäre. Dies gilt selbstverständlich noch sehr viel mehr für den Irak.

Das innenpolitische Chaos, das vor der Machtergreifung der Baathisten in Syrien geherrscht hatte, ist nun keineswegs durch eine neue Ordnung, sondern eher durch eine neue Anarchie ersetzt worden. Die Nasseristen forderten eine angemessene, d. h. eine gleiche Beteiligung an der Regierung wie die Baathisten. Diese waren um der Union willen bereit, Nasseristen an der Regierung zu beteiligen, jedoch nicht wirklich an der Macht partizipieren zu lassen. Dies führte wiederum zu einem Rücktritt der nasseristischen Minister, und als dieses nichts fruchtete, Anfang Mai zu einem neuen Putschversuch nasserfreundlicher Offiziere. (Manche Berichte sprechen sogar von einer ganzen Reihe von Putschversuchen! „Neue Zürcher Zeitung“, 31. 5. 63). Dieser mißlang wiederum wegen einer falschen Einschätzung der Verhältnisse und endete mit der Pensionierung oder Exilierung (als Militärattachés) von einigen Dutzend nasserfreundlichen Offizieren („L'Orient“, 6. 5. 63). Bei den von Ägypten her geförderten Demonstrationen der Nasserfreunde in Syrien, die besonders in Aleppo zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei führten, erwiesen sich die Nasseristen als die Schwächeren. Sie konnten zwar Schüler und Palästinaflüchtlinge mobilisieren, die Gewerkschaften jedoch und die „Straße“ verhielten sich passiv. Im Irak mußten am 13. Mai die beiden nasserfreundlichen Minister der Istiqlalpartei zurücktreten („New York Times“, 14. 5. 63), was am 25. Mai 1963 zu einem Putschversuch der Nasserfreunde im Irak führte. Dieser war jedoch so schlecht organisiert, daß er keinerlei Aussicht auf Erfolg hatte und mit der Verhaftung zahlreicher Nasseristen endete („Neue Zürcher Zeitung“, 29. 5. 63).

Bei alledem hielten die Baathisten in Syrien und im Irak an den Föderationsvereinbarungen entschlossen fest und waren in Syrien bereit, wenigstens für eine Zeitlang

einige gemäßigte Nasseristen wieder an der Regierung zu beteiligen.

Der neue Kurdenaufstand

Im Juni dieses Jahres stellten sich die ersten internationalen Reaktionen auf die Verschiebung der Machtverhältnisse im Nahen Osten ein. Am 11. Juni kündigte die irakische Regierung den Waffenstillstand mit den Kurden und ging nach einem 24stündigen Ultimatum an den Kurdenführer Barazani zu einer großen Offensive über mit dem Ziel, den Widerstand der Kurden zu brechen, die angeblich Kommunisten und anderen Feinden des Regimes Asyl gewährt hätten. Diese Offensive, an der der größte Teil der irakischen Armee beteiligt war, blieb schon nach einigen Tagen stecken. So droht der Krieg in Kurdistan zu einem Kleinkrieg zu werden, der sich jahrelang hinziehen kann. Die plötzliche Offensive, die allerdings von langer Hand vorbereitet sein mußte, sollte zweifellos eine weitere Stärkung der kurdischen Positionen verhindern. Nasser hatte sich im Juni des kurdischen Unterhändlers, Oberst Talabani, sehr freundlich angenommen und nach syrischen und irakischen Meldungen den Kurden in Ägypten die Benutzung einer Radiostation gestattet („L'Orient“, 13. 6. 63). Zugleich erhielten die Kurden propagandistische Hilfe aus der Sowjetunion, welche ihnen zur Zeit Kassem's versagt worden war. Die sowjetische Regierung warnte in einem Artikel in der „Prawda“ davor, daß die Sowjetunion ihre Finanz- und Militärhilfe für den Irak einstellen könnte („New York Times“, 21. 6. 63). Die Sowjetunion brachte inzwischen das Kurdenproblem auch in den UN vor und beschuldigte die irakische Regierung des Völkermords. Obgleich diese Drohung nicht unbedingt ernstgemeint sein muß, kann doch nicht übersehen werden, daß sich zur gleichen Zeit die Beziehungen zwischen Ägypten und der Sowjetunion erheblich verbesserten. Es wurde ein neues Finanz- und Militärabkommen abgeschlossen, und die Zahl der sowjetischen Techniker im Jemen wurde erheblich erhöht und so das ägyptische Budget für den Jemen entlastet. In der gleichen Zeit unterstützte die ägyptische Regierung die Unruhen in Persien propagandistisch und finanziell und diente so in diesem Gebiet vielleicht nicht ganz ungewollt den sowjetischen Interessen.

Nassers Ziele hinsichtlich des Iraks sind zur Zeit die gleichen wie die der Sowjetunion: Beide wünschen den Sturz des gegenwärtigen Regimes. Dabei würde Nasser ein prosowjetisches isolationistisches Regime in Kauf nehmen, wenn er so Syrien wieder gewinnen könnte, während die Sowjetunion um eben diesen Preis vielleicht bereit wäre, eine syrisch-ägyptische Union zu akzeptieren.

Die eigentliche Ursache des Zusammenbruches der zweiten Vereinigten Arabischen Republik, die doch immerhin auf dem Papier existierte, war die Unaufrichtigkeit der Partner. Alle Beteiligten erstrebten zwar irgendeine Form der Vereinigung der arabischen Staaten, keiner war jedoch bereit oder auch nur in der Lage, sie zu den Bedingungen der anderen herbeizuführen. Nasser gab von Anfang an zu verstehen, daß eine föderalistische Vereinigung für ihn nur als Vorstufe eines zentralistisch geleiteten Staatenbundes unter ägyptischer Führung sein könnte. Die syrischen und irakischen Baathisten waren zu einer Union nur unter der Voraussetzung bereit, daß sie wenigstens in Syrien und im Irak die Macht behalten dürfen. Das

Schicksal der Union war endgültig besiegelt, als die radikalen Baathisten im Juni und Juli in Syrien auch die gemäßigten Unionisten aus der Armee und der Verwaltung verdrängten. Am 16. und 17. Juli unternahmen entlassene Offiziere, eine Gruppe von Soldaten und zivile Anhänger Nassers einen neuen Umsturzversuch, bei dem sich dann erwies, daß Nasser heute nur noch auf relativ wenige Anhänger in der syrischen Armee zählen kann. Der Umsturzversuch, der zu einem Bürgerkrieg hätte führen können — es kamen über 800 Menschen ums Leben —, brach nach wenigen Stunden zusammen, und zum erstenmal seit der syrischen Sezession zeigte die syrische Regierung, daß sie solche Versuche nicht mehr als ein parlamentarisches Votum nach syrischer Art wertet. Es wurden zahlreiche Soldaten und Zivilisten verhaftet und innerhalb von wenigen Tagen mehr als zwanzig Todesurteile vollstreckt. Damit übernahm die syrische Regierung die irakische Methode der Repression. Die Folgen sind allerdings noch nicht abzusehen. Die Exekution von Umstürzern widerspricht nach syrischen Maßstäben dem Ehrenkodex der Politiker und der Militärs. Immerhin kann so eine größere politische Stabilität erreicht werden, da von nun an Umsturzversuche für alle Seiten mit größeren persönlichen Risiken verbunden sein werden. Seit dem 4. August ist der „starke Mann“ der Baathpartei, General Hafez, Staatspräsident und Präsident des syrischen Revolutionärsrates.

Nasser reagierte auf das Mißlingen seiner letzten Versuche, in Syrien seine Anhänger zur Macht zu bringen, äußerst heftig. In der ägyptischen Presse nannte man die Baathisten — dem kommunistischen Sprachgebrauch folgend — „Faschisten, schlimmer als die syrischen Separatisten und die Anhänger Kassem“ (vgl. „L'Orient“, 18. 7. 63). Am 22. Juli, dem Jahrestag der ägyptischen Revolution, kündigte Nasser die Unionsabmachung. Die Baathisten ihrerseits halten an der Verbindlichkeit des Vertragswerkes fest. Ähnlich wie nach der ersten Sezession Syriens hat Nasser nun neue organisatorische und ideologische Konsequenzen gezogen. In Ägypten selbst wird die Verwirklichung des arabischen Sozialismus durch weitere Enteignungen forciert. Die revolutionären Bewegungen im arabischen Osten sollen nun in einer einzigen, von Nasser persönlich geführten Partei zusammengefaßt werden, wobei sich Nasser eindeutig von östlichen Vorbildern leiten läßt. Nasser scheint durch die Vorwürfe Aflaks und der Baathisten, seine Ideologie oder „Philosophie“ sei ein verschwommenes Phrasengebilde, persönlich zutiefst getroffen zu sein. Es ist durchaus denkbar, daß er die ideologische Seite seiner Unternehmungen stärker hervorkehren wird und hier stärker in den Sog östlicher Ideologie gerät. Es besteht so immerhin die Gefahr, daß Ägypten einmal als ein arabischer sozialistischer Staat in die geistige und materielle Abhängigkeit vom Osten gerät.

Aus der Ökumene

Faith and Order im Zeichen des Konzils (II)

Die 4. Weltkonferenz von Montreal 12.—26. Juli 1963

Die 4. Weltkonferenz der seit zehn Jahren in den Weltrat der Kirchen integrierten Kommission Faith and Order (Glaube und Kirchenverfassung) war nicht einfach die Fortführung der 3. Weltkonferenz von Lund im Jahre 1952, schon deshalb nicht, weil dieser Zweig der Ökumenischen Bewegung damals noch selbständig war. Außerdem stand sie unter zwei Bewährungsproben. Erstens wollte und mußte sie, nach allem, was in den letzten Jahren vor dem Zentralauschuß des Weltrates über Faith and Order verhandelt worden war (vgl. den ersten Bericht über Montreal in Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 541 mit den dort gegebenen Verweisungen bis zurück zur Tagung des Zentralaussschusses in St. Andrews 1960), den Nachweis führen, daß ihre Ansprüche, eine selbständigere Kommission vom Range der neuen „Kommission für Evangelisation und Weltmission“ zu werden, auch erfüllt werden und die dafür erforderlichen erhöhten Aufwendungen verantwortet werden können; obwohl die Aufwertung von Faith and Order eine der Bedingungen für den Beitritt der Russisch-orthodoxen Kirche zum Weltrat gewesen war.

Zu dieser inneren Prüfung kam hinzu, daß die Konferenz von Montreal zwischen den beiden Sitzungsperioden des Zweiten Vatikanischen Konzils stattfand. Sie mußte beweisen, daß die Klärung der dogmatischen Fragen der Einheit, an denen Rom besonders interessiert ist, vorankommt, nachdem unter Einfluß von Papst Johannes XXIII. den Vertretern der Ökumenischen Bewegung auf dem Konzil eine faire Chance zur Aufnahme eines Dialogs ge-

währt worden ist und das Sekretariat für die Einheit der Christen sich an der Vorbereitung von Montreal durch Gutachten zu den Studiendokumenten beteiligt hatte. Auch waren fünf offizielle katholische Beobachter nach Montreal entsandt worden: Godfrey *Diekmann* OSB von St. John's Abbey in Collegeville, Minnesota, Schriftleiter von „Whorship“, P. George A. *Tavard* AA vom Mount Mercy College in Pittsburgh (Pa.), P. Gregory *Baum* OSA, Toronto, Schriftleiter von „The Ecumenist“, P. Bernard *Lambert* OP aus Courville, Quebec, und schließlich Professor Jan C. *Groot* von Warmond, der schon in Neu-Delhi als Beobachter tätig war. Neben diesen katholischen Theologen, die vorübergehend von Msgr. J. W. *Willebrands*, dem ersten Mitarbeiter des Kardinals Bea, unterstützt wurden, weilten in Montreal zahlreiche andere in der Eigenschaft als Schriftleiter ihrer Zeitungen, z. B. Antoine Wenger von „La Croix“ (Paris). Gekrönt wurde die Beteiligung der römisch-katholischen Kirche durch die Ansprache von Paul-Emile Kardinal Léger als Ordinarius loci auf der gemeinsamen Glaubenskundgebung in der katholischen Universität am 21. Juli.

Versagt?

Ist nun diese gewollte Bewährungsprobe bestanden worden? Das maßgebende Urteil fällt der Zentralauschuß, der vom 26. August bis 2. September 1963 in Rochester (USA) tagt. Ein Vor-Urteil sprach schon am Schluß der Konferenz der neue Vorsitzende von Faith and Order, Professor Paul Minear, und das fiel negativ aus, wie wir noch hören werden, begreiflich angesichts der hochgesteckten Zielsetzungen.

Ein verhältnismäßig positives Urteil findet man bei katholischen Beobachtern, allerdings unter anderen Gesichts-